

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Tom Koenigs, Thilo Hoppe,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/10792 –

Sahel-Region stabilisieren – Humanitäre Katastrophe eindämmen

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der umfassenden Sahel-Strategie des Generalsekretärs der Vereinten Nationen personell und finanziell zu unterstützen, effiziente und bedarfsorientierte humanitäre Nothilfe in enger Absprache mit internationalen Partnern und nationalen Regierungen zu leisten und dabei die koordinierende Rolle des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) zu unterstützen sowie den Beirat für zivile Krisenprävention an der Formulierung und Koordination der Hilfsangebote maßgeblich zu beteiligen. Zudem soll die Bundesregierung in der Sahel-Region tätige internationale Organisationen wie dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), OCHA, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) personell, finanziell und materiell unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10792 abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Tom Koenigs
Vorsitzender und Berichterstatter

Frank Heinrich
Berichterstatter

Christoph Strässer
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Frank Heinrich, Christoph Strässer, Marina Schuster, Annette Groth und Tom Koenigs

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10792** in seiner 195. Sitzung am 27. September 2012 beraten und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der umfassenden Sahel-Strategie des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) personell und finanziell zu unterstützen, effiziente und bedarfsorientierte humanitäre Nothilfe in enger Absprache mit internationalen Partnern und nationalen Regierungen zu leisten und dabei die koordinierende Rolle von OCHA zu unterstützen sowie den Beirat für zivile Krisenprävention an der Formulierung und Koordination der Hilfsangebote maßgeblich zu beteiligen. Zudem soll die Bundesregierung in der Sahel-Region tätige internationale Organisationen wie UNHCR, OCHA, IOM, WFP und UNICEF personell, finanziell und materiell unterstützen.

In ihrem Antrag weist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, dass die Sahel-Region eines der ärmsten Gebiete der Welt sei, und es seit Jahren in den Ländern dieser Region durch Dürren und Misswirtschaft zu Lebensmittelkrisen komme. Ernteausfälle, politische Umbrüche in den Staaten Nordafrikas, die Rückkehr bewaffneter Söldner aus Libyen und der Elfenbeinküste, organisierte Kriminalität, islamistischer Terrorismus sowie Kampfhandlungen im Norden Malis hätten die Ernährungskrise und fragile Sicherheitslage in dieser Region dramatisch verschärft. Die Bundesregierung soll deshalb zudem die Afrikanische Union (AU) und die Wirtschaftsgemeinschaft der Länder Westafrikas (ECOWAS) unter anderem darin unterstützen, eine politische Lösung des Konflikts mit den Tuareg-Rebellen und Islamisten im Norden Malis zu erarbeiten und effektiver gegen Terrorismus und gegen grenzüberschreitende, organisierte Kriminalität wie den Drogenhandel vorzugehen. Ferner soll die Bundesregierung die AU und ECOWAS darin unterstützen, eine von Bamako akzeptierte integrierte AU-ECOWAS-Friedensmission zur Ausbildung und Reorganisation malischer Streitkräfte im Rahmen eines VN-Mandates zu entsenden. Diese Mission solle von deutscher Seite angemessen finanziell und logistisch unterstützt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10792 in seiner 65. Sitzung, der **Verteidigungsausschuss** in seiner 123. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner

73. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/10792 in seiner 66. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/10792 in seiner 67. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, man habe gerade mit Antonio Guterres über die weltweite Situation gesprochen und dieser habe zu Recht darauf hingewiesen, dass in der Sahel-Zone mit einer humanitären Katastrophe zu rechnen sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürchte, dass diese Katastrophe angesichts der Eurokrise und des Bürgerkriegs in Syrien in den Hintergrund trete. Auf der Grundlage dieser Überlegung habe man diesen Antrag eingebracht. Man wolle eine bedarfsorientierte humanitäre Nothilfe erreichen. Auch wolle man, dass Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden, dass Algerien und Mauretanien als einflussreiche Akteure intensiv in die Konfliktlösung in Mali einbezogen werden, dass eine politische Lösung des Konflikts mit den Tuareg-Rebellen und den Islamisten im Norden Malis erarbeitet werde und es mehr nachhaltige präventive Unterstützung in den Bereichen humanitäre Hilfe gebe. In der Plenardebatte am 27. September 2012 hätten alle Fraktionen den Antrag und das Anliegen begrüßt und man habe sich bemüht, eine interfraktionelle Initiative zu erwirken. Das sei politisch aber nicht möglich gewesen. Angesichts der prekären Situation in der Sahel-Zone dürfe aber der Deutsche Bundestag die Augen nicht verschließen. Deswegen bitte man um Unterstützung für den Antrag.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte, man habe in der Plenardebatte sehr wohl begrüßt, dass es zu diesem Thema eine Debatte gibt. Das bedeute aber nicht, dass man jede Forderung blanko unterschreiben könne, und zwar aus folgendem Grund: Antonio Guterres habe jetzt im Ausschuss und auch schon in Genf Ende Mai 2012 gegenüber der Delegation des Ausschusses die Situation geschildert. Es gebe eine weitergehende Dynamik. So habe sich erst jüngst, am 12. Oktober 2012, der VN-Sicherheitsrat mit einer Resolution zum Thema Mali befasst. Auch werde es eine gemeinsame Mission von ECOWAS und der AU geben, wobei noch nicht ganz klar sei, wie die Militärintervention ausgestaltet wer-

den solle. Der zweite Punkt sei, dass die Außenminister in Luxemburg beschlossen hätten, Militärausbilder nach Mali zu entsenden. Das seien zwei Punkte, bei denen man noch nicht genau wisse, was auf einen zukomme. Der dritte Punkt seien die Forderungen des Antrags, die jeweiligen Gelder massiv zu erhöhen. Entsprechende Anträge habe man im Rahmen der Haushaltsberatungen aber nicht gesehen. Man müsse aber schon genau benennen, wie viel und wofür genau Geld gefordert werde. Die Situation in Mali sei schließlich auch für die Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit aufgrund der Sicherheitslage zurzeit sehr schwierig. Das bedeute nicht, dass man sich dem humanitären Engagement entziehe. Man habe eine deutliche Bereitschaft gezeigt. So seien für die Nahrungsmittelhilfe in der Region 57 Mio. Euro bereitgestellt worden. Im Rahmen der eigenen Verantwortung habe man einen großen Beitrag geleistet. Es könne durchaus sein, dass noch mehr Forderungen kämen. Das aber jetzt so heute festzuschreiben, wie in dem Antrag, könne man nicht mittragen. Dennoch sei wichtig, die Situation in der Sahel-Zone zu thematisieren, auch aufgrund der regionalen Auswirkungen. Richtig sei zudem, dass man ein politisches Konzept dafür brauche. Trotzdem werde die Fraktion der FDP diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, der Antrag stelle gerade zur richtigen Zeit die richtigen Fragen und gebe auch die richtigen Antworten, die sich auch aus den Ausführungen von Antonio Guterres ergeben hätten. Antonio Guterres habe die

Situation in Mali und im regionalen Umfeld beschrieben und darauf hingewiesen, dass sie sich zu einer intensiven und lang andauernden Krisensituation verfestige. Deshalb seien die Forderungen richtig, insbesondere auch unter dem Aspekt der Entscheidungen, die im Weltsicherheitsrat anstehen. Das sei ja zum Zeitpunkt des Entstehens des Antrags noch unklar gewesen, ebenso wie die Frage, wo die ECOWAS-Truppen stationiert werden. Aber gerade weil sich die malische Regierung bewegt habe, müsse man nun auch aus Deutschland und aus Europa heraus ein politisches Zeichen setzen und die Formen der Unterstützung, die angesprochen worden sind, auch politisch beschließen. Deshalb werde man aus voller Überzeugung diesem Antrag zustimmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lege dar, sie schließe sich den Ausführungen der Fraktion der FDP an. Es seien von den 20 Punkten des Antrags einige dabei, die man vollkommen mittragen könne, bei anderen gingen die Forderungen zu weit. Bei den finanziellen Auswirkungen dürfe nicht vergessen werden, dass die Bundesrepublik Deutschland der drittgrößte bilaterale Geber ist. Eine Aufstockung der EU-Mittel sei zu begrüßen, liege aber nicht nur in der eigenen Hand. Einige Punkte seien wichtig und sollten koordiniert begonnen werden, wie etwa Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung. Wichtig sei auch, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Sanktionen bzw. etwaige militärische Interventionen abzustimmen.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Frank Heinrich
Berichtersteller

Christoph Strässer
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichterstellerin

Annette Groth
Berichterstellerin

Tom Koenigs
Berichtersteller

